

Bezugspreis:
Vierteljahr 36.— M., monatl. 12.— M.
Zwei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.— M., einjähr. 120.—
M., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Reinheitsgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 22.— M., für
das übrige Ausland 24.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Estland, Finn-
land, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Reich“ der Unter-
haltungsbeilage „Vorwärts“ und der
Beilage „Bildung und Reizgarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriaplan 15193-97
Expedition Moriaplan 11753-54

Freitag, den 25. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moriaplan 11753-54

Anzeigenpreis:
Die Jahrgangsposten Konpore/Bezie-
ler 7.— M. „Kleine Anzeigen“
das erstbedruckte Wort 2.— M. (10-
köstlich zwei tebedruckte Worte) des
weiteren Wort 1/10 M. Stellenanzeigen
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1/10 M., jedes weitere Wort
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 1/10 M. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zweckauszahlung.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 3 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Streikgefahr in den städtischen Werken

Die Forderungen der Arbeiter abgelehnt.

Kurz vor Redaktionsschluss teilt uns das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe mit:

Im Magistratsitzungsamt begannen heute morgen die Verhandlungen zwischen der Magistratskommission und dem Lohnkartell über den achten Lohnvertrag. Das Lohnkartell begründete eingehend die Notwendigkeit der Erhöhung der Stundenlöhne um 3,50 M. Der Magistrat erklärte demgegenüber, nicht in der Lage zu sein, diese Forderungen zu bewilligen und schlug eine Erhöhung von 1,50 M. pro Stunde für ungelernete, von 1,58 M. für angelernte Arbeiter und 1,80 M. für Handwerker und der Kinderzulage um 80 Pf. vor.

Das Lohnkartell lehnte diesen Gegenorschlag ab und verlangte, daß sich der Magistrat unverzüglich nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen und dem Lohnkartell sofort seine endgültige Entscheidung mitteilen soll. Für den Fall, daß der Magistrat die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt, würden die Wege beschritten werden, die in der Funktionsräterversammlung beschlossen sind.

Die Angestellten der städtischen Werke haben sich zu 90 Proz. für die Ablehnung des Schiedsspruches am 21. November ausgesprochen.

Am gestrigen Nachmittag verhandelten Vertreter der Angestellten im Rathaus mit den Vertretern der sozialistischen Parteien im

Magistrat. Die Arbeitnehmer versuchten, dem Magistrat eine Brücke zu bauen und schlugen ihm vor, den Schiedsspruch vom 22. Oktober anzuerkennen, der die Forderungen der Angestellten im wesentlichen bewilligt hatte, von ihnen aber, wie wir bereits heute morgen mitteilten, wegen der in ihm vorgesehenen Regelung der Zulagen abgelehnt wurde. Die Angestellten schlugen zu dieser letzten Angelegenheit vor, die Zulagen mit rückwirkender Kraft vom 1. April d. J. nachzuzahlen, was nach ihren Berechnungen eine Mehrbelastung von rund 1 1/2 Millionen Mark für die Stadt bedeutet. Dieser Vorschlag wurde von den städtischen Beamten des zuständigen Magistratsdezernenten geltend gemacht. Immerhin aber ist die Hoffnung nicht aufgegeben, daß der Magistrat doch noch auf diese Verständigungsmöglichkeit eingeht. Sollte diese Hoffnung allerdings nicht erfüllt werden, dann ist bei der Stimmung der Angestellten mit dem Streik zu Beginn der kommenden Woche zu rechnen. Da zur selben Zeit der Magistrat mit seinen Arbeitern über den achten Lohnvertrag zu einer Einigung kommen muß, so bedeutet natürlich ein Streik der Angestellten eine unerwünschte Erschwerung dieser Verhandlungen.

Der Magistrat befindet sich in derselben Situation, in der er sich während des letzten Streiks der Festangestellten befand, aus dem er mit einer Niederlage hervorging. Er sollte darauf achten, daß nicht dieselben Kräfte, die jenen Streik durch ihre Habscharrigkeit verursacht hatten, auch jetzt wieder die Angestellten durch unbedingte Willkür in den Streik treiben. Wir wünschen vielmehr, daß der Magistrat die Brücke, die die Angestellten ihm gebaut haben, beibehält, und so einen Konflikt vermeidet, der dem Stadtbudget überaus teuer zu stehen kommen dürfte.

Last Euch nicht mißbrauchen!

Ein Mahnwort an die Arbeiter.

Von Carl Lindow.

Sehr nützlich wäre die Heranziehung einiger nicht offen kommunistischer Gruppen in den Gewerkschaften. Wir brauchen Zutreiber, die nicht offen als Kommunisten auftreten.

R. Kadel.

Diese Anweisung, die Kadel nach dem Gewerkschaftskongress der sogenannten Roten Internationale gab, ist natürlich auch für die deutschen Kommunisten bindend. Seit einiger Zeit ist die KPD bestrebt, an die Masse heranzukommen. Der Zentralkomitee hat in richtiger Erkenntnis, daß die KPD keine Massenpartei ist, am 17. November eine lange Resolution beschlossen, in der Wege gezeigt werden, wie man an die Masse herankommt. Nach der üblichen Beschimpfung der „kleinbürgerlichen“ sozialdemokratischen Parteien und der „Gewerkschaftsbureaucratie“ heißt es unter III folgendermaßen:

Die KPD muß jetzt ein engeres Verhältnis zu den in der SPD und USPD Organisierten wie zu den Parteifreien finden. Der breite Boden, um dieses enge Verhältnis herzustellen, sind die Betriebe und die Gewerkschaften. Hier stehen die Mitgliedschaften nicht so sehr unter dem strengen Kommando der Parteibureaucratie. Ferner muß die KPD versuchen, in den kommenden Teilkämpfen und Kämpfen um Teilerwerbungen die Arbeiterkraft durch die verschiedensten organisatorischen Mittel um sich zu gruppieren. Die Reliquie der Propaganda und Aktion müssen organisatorisch ausgewertet und unterstützt werden. Solche organisatorischen Mittel sind: Zwischenparteiliche Konferenzen, Aktionsausschüsse für besondere Zwecke usw.

Die KPD glaubt schon einen Anlauf gefunden zu haben, ihre neue Taktik, die in Wirklichkeit nur die neu aufbereitete alte ist, zu erproben. Der — inzwischen längst abgehaltene — Hungerstreik der Lichtenburger ist ihr ein willkommenes Futter. Die Kommunistenführer haben sich während des ganzen Märzputches vorzüglich im Hintergrund gehalten. Sie hielten sich alle für den Kern der ganzen Sache und flohen, um öfter noch zu streiken. In Wirklichkeit flohen sie, um öfter noch zu streiken. Damals haben sie sich aber jede Intervention des „Mittvolkes“ — das sind Sozialdemokraten und Unabhängige — zugunsten der kommunistischen Opfer verboten. Die KPD erinnert sich erst heute wieder ihrer Märkchande und will die „in der SPD und USPD Organisierten“ vor ihren wackligen Parteikarren spannen. Wir glauben schon, daß es den Kommunisten unangenehm ist, wenn ihren Resolutionsführern der Hungerstreik von Lichtenburg ans Ohr schlägt. Es hieße in an der Menschheit verzeihen, billige man den Kommunisten nicht so viel Scham- und Menschlichkeitsgefühl zu, nicht alles voranzusehen, die Opfer in Lichtenburg zum Bestimmen zu bringen. Auch wir Sozialdemokraten haben das größte Mißvergnügen für den „Ausgang“ der Kommunisten, wie die „Freiheit“ die Märkchande einmal nannte. Über all unser Mißvergnügen die kommunistische Märkchande nicht revidieren lassen: „Schlagt erst die Bonzen der SPD, der USPD, und der Gewerkschaften tot!“ Wir aber halten es da mit Severing, der Anfang April in einer Berliner Funktionsräterversammlung ausführte: „Bei aller Entrüstung über das Wüten der Justiz wollen wir nicht unsere Parteigenossen vergessen, die von den Kommunisten ermordet wurden, weil sie sich gegen den Streikwahnstau wendeten. Sie stehen uns näher.“

Einige unserer Genossen in den Betrieben haben sich in einer schönen Auswahlung edelsten Menschentums von den geriebenen kommunistischen Agitatoren einfangen lassen. Diesen Agitatoren wäre der Lichtenburger Vorfall vielleicht eine höchst gleichgültige Sache, wenn es sich um andere Arbeiter als Kommunisten handelte, und wenn er nicht eine so prächtige Gelegenheit böte, die neue Anweisung zum Standes zu erproben. Der „Betrieb“ und „die Gewerkschaften“ sind „der breiteste Boden“, um die Kommunisten an die Masse heranzubringen. Sie benutzen die „verschiedensten organisatorischen Mittel“, um Sozialdemokraten, Unabhängige, „organisierte“, „um sich zu gruppieren“. Wie diese „Mittel“ aussehen, wissen wir heute nicht nur aus der Resolution der Kommunistenzentrale. Mit wessen Boden läßt die „Rote Fahne“ ihren Triumph in die Welt hinaus: Delegationen, Aktionsausschüsse usw. haben sich gebildet, und Sozialdemokraten und Unabhängige machen mit. „Ich habe den Eindruck“, sagte Severing in der oben erwähnten Verlesung, „daß nicht Unabhängige und auch Leute von uns, die bisher gegen das kommunistische Treiben aufgetreten sind, Angst vor der eigenen Courage bekommen haben.“

Was die Unabhängigen betrifft, so muß man sich unwillkürlich fragen, ob sie durch ihre heutige Haltung die Richtigkeit der Vorwürfe beweisen wollen, die ihnen damals von den Kommunisten gemacht worden sind. Nur der „Planke“ der Unabhängigen, heulten die Kommunisten, habe den Aufstand zum Scheitern verurteilt. Ohne den unabhängigen Plankestoß hätten die Moskauer also gesiegt, ohne den

Stinnes und Kredithilfe.

Ein Vortrag des Direktors Kraemer.

Stinnes hat gestern abend London verlassen, er hat nicht mit Lloyd George gesprochen und den Zweck seiner Reise geheimgehalten. Trotzdem will der Londoner Korrespondent der „B. Z.“ wissen, es sei Stinnes gelungen, die Gewährung einer großen Anleihe an die deutsche Industrie zu sichern, damit diese die Garantie für künftige Reparationsleistungen übernehmen könne. Die „B. Z.“ hat also ihre Sensation und Stinnes seine Reklame. Der skeptische Leser setzt hinter die Nachricht drei dicke Fragezeichen.

Direktor Kraemer vom Reichswirtschaftsrat hielt gestern in Berlin einen Vortrag, in dem er von den Verhandlungen mit Rothschild in London erzählte. Rothschild habe höchstens eine einmalige Anleihe von 12—15 Millionen Pfund (240—300 Millionen Goldmark) in Aussicht gestellt. Auf den Einwand, Deutschland benötige eine Milliarde Dollars (4 Milliarden Goldmark), antwortete Rothschild: „Soviel freies Geld haben wir nicht in England und Amerika zusammen.“ Er wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland jährlich eine solche Summe zahlen solle und sagte schließlich: „Die Forderungen des Ultimatums sind ja auch komplizierter Bissinn.“

Interessant ist auch folgende Erzählung Kraemers: Ein deutscher Bankier wurde kürzlich von einem englischen Finanzmann gefragt, wie lange wohl Deutschland weiterzahlen könne. Der Deutsche antwortete, er nehme an etwa 1 1/2 Jahre. Darauf der Engländer: „Um Gottes Willen, solange halten wir es nicht aus.“

Diese kleine Geschichte erklärt besser als manche lange Abhandlung den Sinn der Erfüllungspolitik. Jetzt kämpfen wir „mit der Uhr in der Hand“.

Der Dollar steigt wieder.

Heute zeigte sich an der Berliner Börse eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, die im Zusammenhang steht mit den Ausführungen Direktor Kraemers über die Verhandlungen mit den englischen Bankiers. Auch die Vorschläge des Bundes der britischen Industriellen haben gezeigt, welche ungeheure Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer Erleichterung der Reparationslasten noch zu überwinden sind. — Der Dollarkurs hatte bereits um die Mittagstunde eine Höhe von 239 erreicht. Man rechnet in Börsenkreisen mit weiteren erheblichen Steigerungen.

Frankreich isoliert sich.

Washington, 25. November. (WIB) Der Sonderbericht-erklärer der „Westminster Gazette“ meldet aus Washington, die Engländer und Italiener hätten ihr Möglichstes getan, um zu verhindern, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen den europäischen Mächten für die Amerikane in Washington zu einem Skandal würde. Es sei jedoch zweifellos, zu verheißeln, daß sie in verschiedenen fundamentalen Fragen mit den Franzosen uneinig seien. Lloyd George wünsche, daß Eng-

land mit Amerika in der hauptsächlichsten Frage ein Herz und eine Seele sei, sonst würde es bei Beendigung der Konferenz in Amerika diskreditiert sein und in Frankreich Erbitterung hervorgerufen haben.

Paris, 25. November. (WIB) Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat Briand mitgeteilt, daß er am 2. Dezember normittags 10 Uhr in Le Havre eintreffen werde und den Marineminister sowie den Biederbaumminister dort erwarte.

Das Echo auf Curzons Warnung.

London, 25. November. (WIB) Die gestrige Rede Curzons findet in der Presse geteilte Aufnahme. „Daily Express“ nimmt die Rede als Zeichen für die zwischen England und Frankreich herrschende Spannung. „Daily Chronicle“ stimmt der Rede zu und schreibt: Die Tür sei noch offen, wenn Frankreich sie zuschlage, könne man nicht wissen, was aus Europa werden solle. Möglicherweise werde sich die Lage durch ein Zusammentreffen zwischen Lloyd George und Briand nach dessen Rückkehr aus Washington klären. „Daily News“ schreibt, die Warnung Curzons an Frankreich sei vollkommen berechtigt. „Times“ sagt, die Rede Curzons sei mehr eine Verteidigung und Entschuldigung als eine klare Darlegung aufbauender Politik. Sie enthalte ein Anzeichen, daß die britische Regierung bereit sei, eine energische Initiative in internationalen Angelegenheiten zu entwickeln. Lord Curzon habe den Völkerbund gar nicht erwähnt. England sei auch nicht immer in Übereinstimmung mit seinen Alliierten vorgegangen und habe bei Abschluß des Handelsabkommens mit Rußland unabhängig von den Franzosen gehandelt.

Frankreich schweigt und verschweigt.

Paris, 25. November. (EE) Die Rede Lord Curzons wird nur in einem einzigen Blatte, dem „Figaro“ kommentiert. Er gibt jedoch die Rede nicht mit ihrem vollen Wortlaut wieder; sie wirkt anscheinend darauf beunruhigend, daß man es vorzog, der Öffentlichkeit gewisse Seiten nicht zu unterbreiten. Die Kritik geht denn auch an den Hauptpunkten dieser Ausführungen des englischen Außenministers vorüber. Das Blatt bemerkt nur, daß Lord Curzon, um auf die Konferenz in Washington zu antworten, gestern allein eine richtige Konferenz in London abgehalten habe. Übrigens sei niemand weniger geeignet, die Weltlage kritisch zu betrachten als Lord Curzon, der als Diplomat immer die größten Mißverhältnisse zu verzeichnen gehabt habe. Der „Figaro“ wünscht nicht, daß sich die Mißverständnisse zwischen den beiden Verbündeten England und Frankreich verschärfen. Es gebe genug Gräber englischer Soldaten auf französischer Erde, als daß die Irrtümer von Ministern die beiden großen Völker entfremden sollten.

Internationale Arbeiterkonferenz in London

London, 25. November. (WIB) Laut „Daily Herald“ wird auf der zum 8. Dezember nach London einberufenen Sonderkonferenz des Internationalen gemeinsamen Rates der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung eine Entschließung unterbreitet werden, die folgende Forderungen aufstellt: Streichung der Kriegsschulden, vollständige Revision des Entschädigungsplanes, Beendigung der bewaffneten Besetzung des größeren Teils von Mitteleuropa und Stabilisierung der europäischen Währungen durch Vereinbarung von internationalen Krediten oder Anleihen.

unabhängigen Planenloß läßt aber auch kein Putschist in Dichtenburg und draußte keiner um seine Freiheit zu hungern. Wenn die heutige politisch sonst völlig unverständliche Haltung eines Teils der Unabhängigen ein pater peccavi sein sollte, eine Ableugnung ihrer Haltung zum Märzputz, eine unabhängige Legitimierung des „leichtsinzig und unverantwortlich eingeleiteten Abenteuers der kommunistischen Partei“ („Freiheit“), wenn sie attestieren sollte, daß die Putschheer keine „unverantwortlichen und hemmungslosen Personen“ sind („Freiheit“), daß das Unternehmen kein „räuberisches Privatunternehmen“ war (ebendort) — wahrlich, sie hätten es nicht besser anfangen können.

Die Antwort der Unabhängigen läßt sich leicht denken: wir sind Gegner des Putsches, treten aber für ihre unschuldigen Opfer ein. Richtig, aber bei allem Mitleid mit den Opfern der geschehenen Brandier, Schoten und Konsorten dürfen wir das politische Denken nicht verweisen. Ganz abgesehen davon, daß die russischen Kommunisten zwar Kriminalverbrecher in Freiheit setzten, aber ihre unabhängigen Gegner weiter schmachten lassen — unter dem freudigen Beifall der deutschen, ach so geschloffenen, mitleidigen Kommunisten —, was soll mit den bürgerlichen Feinden der deutschen Regierung geschehen? Man muß entweder nach rechts und nach links amnestieren oder gar nicht.

Im Protest gegen die Klassenjustiz hätte sich leicht eine Einheitsfront finden lassen; aber wie bei allen Einheitsaktionen verlangen die Kommunisten wieder eine Extrawurst für sich. Das deutsche Proletariat hat alle Kraft nötig, um den Wüterich der „Industrie“ am deutschen Volkskörper abzuwehren. Über die Kommunisten haben eine neue Parole zu erproben und die Unabhängigen geben ihnen die Versuchsanstalten ab.

Von unseren Parteigenossen in den Betrieben und in den Gewerkschaften erwarten wir aber, daß sie sich die Agenten der KPD, die ihr menschliches Empfinden in schlauer Berechnung mißbrauchen, etwas genauer ansehen. Nicht mit dem Herzen, sondern mit dem Kopf macht man Politik. Wenigstens so viel sollten wir von unseren Feinden schon gelernt haben.

Die Taktik der USP.

Die „Freiheit“ berichtet in ihrer heutigen Morgenausgabe über Verhandlungen, die die unabhängige Parteileitung führte, folgendes:

Das Zentralkomitee der USP. hatte auf Grund eines Aufrufs vom Sonntag sich an die beiden anderen sozialistischen Parteien, an den KDSB. und die Afa gewandt, um über die gemeinsame Durchführung parlamentarischer und außerparlamentarischer Maßnahmen gegen Forderung und Steuerlasten zu beraten. Da die gemeinsamen Beratungen an dem Widerspruch der Führer der SPD. und des KDSB. scheiterten, fand zunächst eine Aussprache zwischen USP., SPD., Afa und dem KDSB. statt, der heute eine Aussprache der USP. und KPD. folgte. In beiden Aussprachen wurde eine weitgehende Übereinstimmung über die sachlichen Forderungen festgestellt. Die Organisationen verpflichteten sich zu deren energischer Vertretung. Um eventuell notwendig werdende Aktionen einzuleiten, wird die USP. mit allen proletarischen Organisationen in ständiger Fühlung bleiben.

Die Gründe, aus denen die Sozialdemokratie und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten ablehnt, sind bekannt, ihre Bedeutung wurde bisher auch von den Unabhängigen anerkannt. Jetzt haben die Unabhängigen ihre Taktik geändert, wie wir annehmen, in der Absicht, ihre innere Einheit aufrechtzuerhalten und neue verbrecherische Taten der äußersten Linken zu verhindern. Sie werden damit aber, fürchten wir, nicht mehr erreichen, als daß sie ihre eigenen Leute aus der Hand verlieren und sie wieder einmal zum Kugelfang für die KPD.-Führer hergeben.

Studentenwit.

Von Hans Bauer.

Während zum Beispiel bei öffentlichen Versammlungen ziemlich gewöhnlich vorgegangen werden kann mit dem üblichen Schlußruf: „Was, Sie wollen mir eine runterhauen?“, muß bei Sprengung von Theaterstücken durch Pfeifen, ununterbrochenes Klatschen, dauerndes Rufen: „Weiterspielen!“ usw. gewirkt werden. (Aus dem vor kurzem veröffentlichten Geheimstatut der Organisation C der „Nationalarmee“ Ehrhardt.)

Den Kusteller dieses Statutes kann ich mir vorstellen: kein Fanatiker, kein Theoretiker, kein Glaubenswüter: ein akademisch gebildeter Herr mit Schmissen und Festdruff-Befinnung.

Bei Theaterstücken muß mit „Weiterspielen!“ gewirkt werden. Das soll ein Wit sein. Es ist auch ein Wit. Ich kann mir denken, daß ein Bewährter, der in eine saumierbare Dilettantenvorstellung spielt den Ruf „Weiterspielen!“ wirft, das Schicksal seiner Umgebung für sich hat. In unserem Falle handelt es sich aber nicht darum, daß aus dem Stegreif heraus ein guter Wit gerissen wird, sondern darum, daß in einem höchst politischen Geheimdokument ein Wit protokolllarisch niedergelegt wird, der in dem Augenblick seiner mehr ist, wo er nicht aus der Situation heraus für diese geboren, sondern fix und fertig geklopft und bollert mitgebracht und im gegebenen Augenblick einfach von der Leine gebunden wird.

Dapon abgesehen, daß der Wit im Statut der „Nationalarmee“ eindeutig die Geistesverfassung seiner Urheber aufzeigt, eine Geistesverfassung, die sich aus alldem Trost, draußgängiger Unbekümmertheit, ein wenig formaler Bildung und viel Hang zum Brimborium einer vergangenen Zeit zusammensetzt, eine Geistesverfassung, die aufstellt, wie wenig den Nationalsozialisten männlicher Ernst ihre Bestimmung vorschreibt, ist er geradezu ein Kriterium für das Unlebenbige, Formelhafte des Studententums, das die nationalsozialistischen Führerkreise entweder hinter sich haben oder in dem sie noch drin stehen: des Paus-, Sauf- und Kaiserstudententums.

Es gibt ein Studentenlied: „Frei ist der Bursch!“ Das liest. Es gibt nichts Unschöneres als den Burschen. Ihm ist alles vorgezeichnet: In welchem Winkel er beim Gruß die Arme zu legen hat, was er beim Essen, was er beim Trinken sagen muß. Er darf nur in bestimmte Lokale gehen. Bei den Kneipen gar muß er über einen Schöb von Duzenden von Redensarten verfügen und auf alle möglichen Ereignisse ganz bestimmt reagieren. Auch seine Waise sind Schablonen. Studentenwitze sind meistens gut. Aber sie sind fast immer überliefert. Der Student erfindet keine Witze. Er überliefert sie nur. Da gibt es die Kistenweiser-Verse, die ein Kisten-Reservoir bilden, da gibt es irgendeine an sich ganz späßige Redensart, die nun aber durch die Korporationen hindurch solange zu Lode geht, bis eine neue auftaucht, mit der dann das gleiche Spiel getrieben wird.

Wer einen Kommant-Studenten zum erstenmal reden hört, der ist über die Fülle seiner nicht alltäglichen Redensarten verblüfft und hält ihn für einen geistvollen Kerl. Hört er ihn aber zum drittenmal,

Die Düsseldorf kommunistische „Freiheit“ wertet die Taktik der USP. schon in der Weise aus, daß sie — unter Berufung auf Ledebour — sich aus Berlin draußen läßt, USP. und KPD. hätten ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Man verfuhr also, unter die Anhänger der USP. Verwirrung zu tragen und sie unter kommunistisches Oberkommando zu bringen. Vor diesem Schicksal möchten wir unsere Genossen bewahren. Warum, das wird jeder verstehen, der die Berichte von Lemk und Bowitzky in unserer heutigen Morgenausgabe gelesen hat.

Begreifliche Aufregung.

Unsere Mitteilungen über die Schuld der Kommunisten an den Opfern in Mitteldeutschland haben begreiflicherweise im kommunistischen Lager große Aufregung hervorgerufen. Die B.S.-Korrespondenz, der wir für ihre Mitteilungen allerdings alle Verantwortung überlassen müssen, weiß heute zu berichten:

„Wie wir aus Kreisen, die der KPD. nahesteht, hören, ist man dort über die Veröffentlichungen des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei in hohem Maße erstaunt. Heute vormittag fand sofort eine außerordentliche Sitzung der Zentrale statt, in der man sich mit den Mitteilungen beschäftigte. Es wurde beschlossen, daß im Landtag sofort eine Anfrage der kommunistischen Fraktion eingebracht werden sollte, die Aufklärung darüber verlangt, auf welche Weise dem „Vorwärts“ das Material zugänglich gemacht worden ist und ob für diese „Subsidiarität“ der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung oder das Ministerium des Innern verantwortlich zu machen ist. Der durch die Mitteilungen des „Vorwärts“ stark kompromittierte Abgeordnete Eberlein, der zum Etat des Ministeriums sprechen soll, wird seinen Ausführungen voraussichtlich eine längere Erklärung über die ihm zur Last gelegten Dinge abgeben. Bemerkenswerterweise wird von kommunistischer Seite die Angelegenheit teilweise zugegeben. Allerdings werden die Verfasser des Berichts Lemk und Bowitzky als „Phantasten“ bezeichnet, die über den Verlauf der Sitzung in Halle ein entstelltes Bild gegeben hätten, doch werden die Vorgänge nicht ganz abgeleugnet. Die Zentrale der KPD. will auf Grund von Protokollen, die über die Besprechungen zwischen Eberlein einerseits, der Aufstufung in Halle andererseits gepflogen wurden, einen genauen Bericht veröffentlichen. Es wird von kommunistischer Seite zugegeben, daß Frau Jeklin, die sich im Juni zum Kongreß der 3. Internationale begeben wollte, um dort für Paul Levi einzutreten, beim Versuch, die deutsche Grenze zu überschreiten, verhaftet wurde.“

Aus Kreisen, die Dr. Paul Levi nahesteht, hört die genannte Korrespondenz, daß das vom „Vorwärts“ veröffentlichte Material in der Tat authentisch ist, da Freunde Dr. Levis erklären, daß sie aus ihren Erlebnissen in der Zentrale der KPD. nur eine ähnliche oder gleichlautende Schilderung der Geschehnisse geben könnten. Es wird bestritten, daß Dr. Paul Levi das Material dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt hat. Vor der Reise der Frau Jeklin nach Moskau, auf welcher ihr das in Frage kommende Material abgenommen wurde, hatten die Devoten der Zentrale der kommunistischen Partei Mitteilung von dem Vorstoß gemacht, den sie in Moskau für ihren Führer und gegen die Zentrale zu unternehmen beabsichtigte. Man hatte der Zentrale der KPD. sogar eine wörtliche Abschrift des jetzt vom „Vorwärts“ veröffentlichten Materials überhandt. Um so auffälliger erschien damals der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft die Verhaftung der Frau Jeklin auf deutschem Boden und ihre Durchsuchung. Auf diesen Vorfall haben sich innerhalb der kommunistischen Gruppen weitere Differenzen ergeben, weil man der Abgeordneten den Vorwurf machte, sie hätte dieses Material nicht in die Hände der Behörden fallen lassen dürfen.“

Ein neuer Hungerversuch.

Halle, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Auch in Halle selbst ist am Mittwoch im Gefängnis am Kirchhof ein Hungerversuch ausgebrochen. Von 100 politischen Gefangenen verweigerten 15 die Nahrungsaufnahme; ihnen schlossen sich 6 oder 7 Kri-

minaksträflinge an, die ebenfalls auf diesem Wege den Versuch machen wollten, ihre Freilassung zu erzwingen. Gestern besuchte ein Stadtverordneter unserer Partei die Streikenden. Nach Vorlegung der Verhältnisse durch ihn gab der größte Teil des Vorhabens auf. Er hofft, daß am heutigen Tage auch die letzten die Unzweckmäßigkeit ihrer Handlung einsehen werden. Der Gedanke eines Generalstreiks zur Befreiung der politischen Gefangenen hat selbst in der kommunistischen Arbeiterschaft keineswegs so wenig Widerhall gefunden, daß jetzt kein Mensch mehr davon redet. Nur im kommunistischen Organ, dem „Klassenkampf“, will man die Zweckmäßigkeit dieses Versuches nicht einsehen, und man macht dort noch alle Anstrengungen, künstlich die Bewegung hochzuhalten. Über die Notwendigkeit einer gründlichen Nachprüfung aller Urteile aus Anlaß der Würdigung durch eine vorurteilsfreie Körperschaft ist man sich aber in den Kreisen der Arbeiterschaft aller politischen Richtungen vollständig einig.

Neue Verhaftung wegen Geheimbündelei.

Bremen, 25. November. (U.) Der Oberleutnant Dr. Ruchnick, Gauwart des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, ist unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Geheimorganisation in Haft genommen worden.

Rücktritt Sepp Derters.

Der braunschweigische Ministerpräsident Sepp Derters ist am Donnerstag von seinem Amt zurückgetreten und hat gleichzeitig sein Landtagsmandat niedergelegt. Derters hat sich Fehler zuschulden kommen lassen, die ihm das Vertrauen der Sozialdemokratischen Partei entzogen, weshalb er von unseren Genossen zum Rücktritt gedrängt wurde. Es handelt sich insbesondere um einen Brief, den Derters an einen Psychiater Otto Otto geschrieben hat, und in dem er sich anbot, den Herrn nach England als Sekretär auf dessen Kosten zu begleiten. Weiter soll Derters von Otto ein Darlehen von 20 000 M. erhalten haben, wofür Derters sich dadurch erkenntlich zeigte, daß er dem Psychiater den Professortitel verschaffte. Die Professur mußte später jedoch auf Grund eines Kabinettsbeschlusses rückgängig gemacht werden. Da die Unabhängigen die stärkste Fraktion in Braunschweig sind, werden sie auch weiter den Ministerpräsidenten stellen. Hierfür kommt der bisherige Minister Junke in Frage, der durch den Unabhängigen Abg. Grothwohl durch Wahl am heutigen Tage ersetzt werden wird.

Die bayerischen Scheindemokraten.

München, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerischen Demokraten haben angesichts des Parteitages von Bremen nach langem Kopfschütteln endlich eine Formel gefunden, mit der sie die Nachläufer der bayerisch-monarchistischen Reaktionspolitik bleiben können. Während der demokratische Handelsminister Ham noch vor wenigen Tagen den Mut zu dem Wort hatte: „Die Wurzeln der Monarchie sind zerstört, in jedem Volksgenossen muß der Staat in Zukunft wurzeln!“ einigte sich der Landesauschuß der Partei in seiner gestrigen Sitzung auf den Satz: „Die Demokratische Partei steht auf dem Boden der Republik, ohne ihre Mitglieder an das Bestehen der Republik gestattungsmäßig zu binden.“ Zu dem bekannten Vorfalle in Grafenwörth bringt die „Morgenpost“ heute eine Berichtigung, daß nicht Gehler, sondern der Begleitoffizier des Reichswehrministers, General v. Braun, die bekannte Rede über den Eid auf die Republik gehalten und durch das Gelächter der Offiziere unterbrochen worden sei.

Im Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages wurde der Antrag mehrerer Abgeordneter der bürgerlichen Parteien betreffend Einführung der Todesstrafe auf Verschwendung von Lebensmitteln nach dem Auslande behandelt. Die Mittelparteien beantragten, die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus verbunden mit schwerer Arbeit, umzuwandeln. Schließlich einigte man sich auf den Sammelantrag, die Reichsregierung solle ersucht werden, eine Forderung der Lebensmittelmittelwucherer zu Zwangsarbeit bzw. landwirtschaftlicher Kulturarbeit ermäßigt.

dann weiß er Bescheid und langweilt sich ob der Beharrlichkeit seiner Formeln.

„... Es muß mit „Weiterspielen!“ gewirkt werden.“ Dieser Satz ist typisch studentisch. Es muß mit „Weiterspielen!“ gewirkt werden, so, wie mit „Gehent!“ und „Komme nach!“ und „Sine sine“ am Saufabend gewirkt werden muß.

Es muß auch mit dem Schrei nach 1813 gewirkt werden und dem monarchistischen Gedanken. Auch dies ist vorgeschrieben. Der Wit und der Ernst des Lebens sind gleichermassen vorgeschrieben. Und Wit und Ernst verschmelzen wie in dem Satz des Geheimstatuts in eins: in die Heiligung eines Geistes, der rettungslos in Formelquart und leere Begriffe eingetaucht ist.

„Es muß mit „Weiterspielen!“ gewirkt werden.“ Wenig ist bezeichnender als dieser Satz. Während alle politisch Denkenden von schwerster Sorge um Deutschlands Zukunft erfüllt sind, ist es jenen Anderen wichtig, daß ihre politischen Dokumente mit Studententum durchdrückt sind. ... Während das geistige Deutschland um neue Ausdrucksformen und neuen Stil ringt, lassen sich jene Anderen vorkreuzen, mit welchem Wit ein Theaterstück abzulesen und mit welchem Wort gegen den deutschen Volksgenossen „gewalttätig vorgegangen werden soll“.

Frei ist der Bursch! Von Verantwortungsgefühl nämlich und neuen Ideen.

Jacob Wassermann hielt (eingeladen vom Künstlerbund) im Künstlerhaus einen Vortrag: „Was bedeutet die Gestalt?“. Es war wohl die wertvollste, menschlichste, künstlerischste zugleich und unliterarischste Vorlesung eines Esthete, die seit langem hier gehört wurde; eines Esthete, dessen Gehalt und Form einander ebenbürtig vollendet waren.

Dies bleibt der nachhaltigste Eindruck, daß aus einer überreichen Fülle von bildhaftem Schönen der Zeit ein Spiegel vorgehalten ward, in dem sie sich erkennen muß als geistlos, hilflos, auf Menschennur und Gehörwahr verdrängend. Denn ist für Wassermann die Verwandlung des Menschen in die Phantastie Gestalt, so ist ihm deren Feind, das Gegenstück im Bösen das Wort: ist die Gestalt allein fähig, Kraft und Einigkeit zu nehmen, weil sie dem metaphysischen Bedürfnis entgegenkommt, so ist das Wort Ausfluß oberflächlicher Aufnahme, der eitlem Unfähigkeit. Wie sein die Bemerkung, wir alle seien auch körperlich die Produkte unserer geistigen Abwesenheit; wie unmaßlich es daher sei, ohne die Gestalt zu leben, wobei die H.Moll-Wesse von Bach, die Brüder Karomajoff von Dostojewski oder Michael Rohlf von Keist eines bedekten: Gestalt eben, Notwendigkeit, ein Einmaliges und Unbedingtes. So geistlos, so ist es unserer Epoche an dem Gestalten, und doch nicht die Form, sondern die Auslage heute Eindruck ergab, daß Tendenz und Individual-Phänologie Vorrang und Erstzrang zukommt, bezuglose Liebherrschaft des Wortes. In Dichtens steht Wassermann den letzten Vertreter eines Gestaltwillens und -könnens. Und er beklagt — und dies war erschütterndes Bekenntnis —, daß die Gefahr nicht gesehen wird, die in dieser Ungehalt, in diesem Anerkennen des bloßen Wortes für uns alle beschlossen ist.

In Erregung und gespannt innerer Verbundenheit wurde dem Dichter gedankt.

Ein deutsch-russisches Theater in Berlin. Wie die „Dena“ erzählt, wird Anfang Dezember in Schöneberg, Gellstraße 9, ein neues Theater unter dem Namen „Der blaue Vogel“ eröffnet. Ziel des Unternehmens ist, das deutsche Publikum mit dem Stil und der Tradition der russischen Kleinkunstbühne bekanntzumachen.

Soll man den Kleinsten vom Leben Gott erzählen? Eine Berliner schreibt uns: In Nr. 349 des „Vorwärts“ lese ich einen Aufsatz. „Soll man den Kindern Märchen erzählen?“ — Wie steht es aber mit der Religion? Ich habe meinem Jungen Märchen in der Weise erzählt, daß die Geschichten niemals geschehen sind noch geschehen werden. Ein Märchen bezieht für ihn etwas Unmögliche, und doch laßt er denn den Erzählungen. Er sagt z. B.: „Mutter, was ist Dir jetzt erzählt, ist ein Märchen“, und dann läßt er seine Phantasie spielen. — Wie Tanten sagen: „So beginnt die Ähre!“ Mein Kind hat nie etwas vom Leben Gott, den Engeln oder von Gelpentern und Teufeln erfahren. Es kennt seine Freude und Weh, wenn es allein bleibt und die Tür verriegelt und vergeschlossen ist, kann niemand hinein. Ich kann beruhigt eben's die Wohnung verlassen, der Junge schläft und erachtet er einmal, so probiert er das Schloß, legt sich ins Bettchen und schläft weiter.

Soll Ostern recht er zur Schule und neuerdings habe ich Konflikte. Mein Lehrer nimmt nicht am Religionsunterricht teil, ist eher durch ein Versehen zu einer Religionsstunde gekommen. „Mutter“, kommt er an, „heute hat unser Lehrer geschwänzt.“ Während ich ihm das ausrede, kommt die Frage: „Oder hast Du geschwänzt? Mutter? Unser Lehrer hat, der liebe Gott beschützt das Haus, und Du hast, wenn die Tür vergeschlossen ist, passiert nichts. Der liebe Gott beschützt mich auch auf dem Schulwege, und dabei bin ich doch so hilflos, es tut so weh!“ Im Hause des Vaters kommen nach tausend Fragen, darunter folgende: „Wer beschützt die Hausur überhoben, wenn der liebe Gott das Haus beschützt? Ich habe Angst, allein zu bleiben, der Lehrer hat, der liebe Gott ist immer bei mir.“ — „Der liebe Gott beschützt nur Märchen“, antwortete ich. „Du hast wohl nicht aufpassen, als der Lehrer erst heute, er will dich ein Märchen vom Leben Gott erzählen.“ — Der Junge ist sich zufrieden. In anderen Tagen: „Pos ist aber doch kein Märchen; die Kinder sagen alle, das ist wirklich wahr!“

Der Junge acht selbst nicht mehr ins dunkle Zimmer, eines Unheimlichen ist in ihm zurückgeblieben, die Furcht vor etwas, das man nicht sieht.

Eine Erklärung über Belgien. Eine interessante Probe über die Wirkung einer und moderner Medien wurde kürzlich am Vierter Kanonatorium durchgeführt. Ein Mitglied spielte nachher in der 10. Nummer der „Welt“ (siehe Seite 10) eine Erklärung über Belgien und eine Erklärung, und diese letztere Erklärung der besten modernen Redakteure. Die Erklärung wurde durch das Lausitzische worden, und der Preis hatte sich keine Meinung, auf was für einem Instrument er spielte. Die Redakteure, die aus dem vorerwähnten Musikinstrumenten bestanden, sollten durch die Erklärung erlösen, welches das beste Instrument wäre. Bei dieser eigenartigen Abwägung erhielt ein modernes Violon die ersten Plätze mit 1000 und 1004 Stimmen; dann erst kam die Stradivari mit 1000 Stimmen und dahinter die Guadagnini mit 822 Stimmen. B.

Wieder ein Verleumder gestellt.

Vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rehn hatte sich heute vormittag der Redakteur der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, Rudolf Diekmann, wegen Verleumdung durch die Presse des Ministers A. D. Wissell und des Ministerpräsidenten v. D. Oberbürgermeisters Scheidemann, zu verantworten. Durch einen Artikel der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ vom 9. Januar 1920 war die Behauptung verbreitet worden, es seien im Falle Ekart Bewilligungen für Einfuhr erteilt worden, welche die Minister Scheidemann und Wissell bekräftigt hätten, weil sie selbst davon Vorteile gehabt hätten. Der Angeklagte Diekmann hatte versucht, Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptungen anzutreten. Es wurden daraufhin der Unterstaatssekretär Töpffer und der Kommissar für Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen Reisinger als Zeugen gehört, welche jene Beschuldigungen als völlig unrichtig bezeichneten. Diese Aussagen wurden vor Gericht vorgelesen. Landgerichtsdirektor Rehn schlug daraufhin vor, daß der Angeklagte seine Behauptungen zurücknehme. Es wurde eine Erklärung formuliert, nach der der Angeklagte in seiner Korrespondenz und im „Vorwärts“ eine Nichterkenntnis dahingehend veröffentlicht, daß er sich davon überzeugt habe, daß die ganzen Angaben unrichtig sind.

Der Angeklagte, Rechtsanwalt Wolfgang H. line als Vertreter des Minister Wissell sowie Justizrat Dr. Werthauer als Vertreter Scheidemanns erklärten sich mit diesem Beralich einverstanden. Sobald die förmliche Erklärung veröffentlicht ist, werden die Klagen die Klage zurückzulegen.

Der Mordprozess um Wachtmeister Buchholz.

In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die Schutzpolizistwachtmeister Erren und Meyer von der Hundertstraße 3, b. D. schloß die Zeugenvernehmung sich langsam ab.

Heute bekundete ein früherer Beamter der Hundertstraße, daß ihm die bei Buchholz Leiche gefundene Pistole gehört hat und aus seinem Zimmer verschwunden war. Er kann keine sichere Vermutung darüber äußern, ob Buchholz selber sie ihm anvertraut hat. Buchholz habe keine Pistole besessen. Andererseits hat er aber auch, wie Zeuge angibt, eine beträchtliche Einnahme aus dem Gegenstandsverkauf eines Rasenbundes gehabt.

Dem Angeklagten Erren geben ein Pastor und ein paar Lehrer aus Kottbus, wo Erren aufgewachsen ist, ein lobendes Zeugnis. Einer der Lehrer hebt hervor, daß in der Familie „ein besonders frommer Geist herrscht“. Der andere hat im Unterricht bemerkt, daß Erren „in dem christlichen Glauben erzogen“ war. Ein dritter Lehrer bekundete, daß Erren in Kottbus „auf“ hatte und etwas zimperlich war. Gegen den Angeklagten Meyer weiß ein Pastor aus Hofstein nichts Tadelndes zu sagen und die Tat kann er ihm nicht zutrauen. Geheimrat Roske vom Polizeipräsidium äußert sich über

Aufgaben und Geist der Hundertstraße 3, b. D.

Bei den Märzunruhen von 1921 habe sie eine Reihe sehr schwieriger Aufgaben ohne jede Bezahlung mit außerordentlicher Schnelligkeit gelöst. Ueberall sei sie tatkräftig aufgetreten, das sei auch von höheren Dienststellen anerkannt worden. In gewissen politischen Kreisen habe sie sich nicht beliebt gemacht, weil sie als rechts gerichtet galt und weil die Anrunder gerade sie mit schweren Vorwürfen betraut wurde. Unter anderem habe sie auch mehrfach die „rote Fahne“ beschlagnahmt. Daß der Angeklagte Meyer vor kurzem wegen Zulassung schwerer Mißhandlung eines Arrestanten zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, weiß Zeuge nicht.

Der frühere Inspektor der Schutzpolizei, Geheimrat von Priesdorff, macht keine Angaben in sehr temperamentvoller Darstellung. Die Hundertstraße 3, b. D. sei ihm wegen ihrer Tätigkeit besonders ans Herz gewachsen. Als er die Schwere nach dem Kampfbuch übernahm, fand er sie vollkommen. Es habe sofort eine ziemliche Hebe von dem Beamten Seite eingesetzt. Mit den Beamten habe er sich hoch über ausgesprochen, daß es für sie nur eins geben kann: die Befreiung zu schaffen. Den Angeklagten Meyer kennt er besonders gut. Er sei eine kriegerische Natur, aber von glühendem Vaterlandseifer befeuert und wolle nur mitteilen, daß es besser wird im deutschen Vaterland. Zeuge hat dem Meyer eingeschärft: Merke daran, daß Du deutsch bist. Deine Pflicht zu tun hast und Kameradschaft halten mußt. Das Schlagwort „reaktionär“ weise er zurück, das schmeiße heute auf jeden anzuwenden zu werden, der für Ruhe, für Ruhe und Ordnung eintritt. Daß Beamte, wie z. B. Meyer, der schon aus dem Krieg etwas nennenswerdendes im Polizeidienst nachverdient haben, wenn nur Gemeinheit ihr dem sei, halte er für kein Wunder. Einen Mord treibe er Meyer nicht zu und auch nicht Erren, obwohl er den weniger kenne. Daß Meyer im

Mißhandlungsprozess 1 1/2 Jahr Gefängnis

erhalten hat, hat Zeuge gesehen. Das müsse wohl eine Affekt-handlung gewesen sein, aber demnach trauert er ihm nicht. Auf Fragen des Vorsitzenden bekundet er noch, die als Reserve angetretene Hundertstraße 3, b. D. habe ganz Großartiges geleistet und sei sehr in der Hand des Führers gewesen. Minister Erwinger und er selber habe sie durchaus nicht immer nur gegen links, sondern z. B. bei Waffensuchen auch gegen rechts eingeschickt. Von den Ministern Heine und Sperling sei wiederholt ein offenes Urteil über sie abgehört worden. Die Klagen über ihr Verhalten im Kampfbuch seien unheimlich. Hauptmann Stennes wolle nur die Wiedergabe des Vaterlandes und stehe nur im Dienst unseres Volkes. Er sei der Typus des selbständigen Führers, der mit seinen Deuten lebt.

Groß-Berlin

Die Vaterlosen.

Groß-Berlin birgt eine Millionenstadt wie Berlin, und ist man sich aus seiner gewohnten Welt, um einmal in dieses düstere Meer zu tauchen, um mit sehenden Augen und fühlender Seele teilzuhaben an der unermesslichen Not der Masse, dann meint man wohl, niemals wieder froh werden, niemals wieder lachen zu können. Wohin man sieht, starren einem greinerfüllte Augen an, wohin man greift, strecken sich einem stehende Hände entgegen: Hiß! Hiß! Um stärksten fühlst man sich mitgerissen, wenn man zu den Frauen kommt, die als „uneheliche Mütter“ gekennzeichnet werden. Hier sollte Freude, Jubel und Lachen herrschen, weil hier junges, heißes Leben ist. Aber diese Mütter haben ein Moratorium zu erdulden, von dem sich alle jene, die in bescheidenen Verhältnissen leben, keine Vorstellung machen können.

Ein Schrei aus der Tiefe der Not, der körperlichen und seelischen Verzweiflung sind die folgenden Zeilen, in denen eine uneheliche Mutter ihr bitteres Los hinausflößt:

Mit neuer Hoffnung lese ich, wie so manche ledige Mutter, die Zerklebung des Vormundschafsgesetzes in die betreffenden Bezirke. Dabei gedachte ich der vielen gerühmten Wege von zu Hause nach dort; mit immer nur mit tröstendem Erfolg.

Die viele solcher Mütter wie ich leben nur vom Trost und hoffen doch, wie ich, immer von neuem!

Ein Stück Geduld ist es ja, was wir in unendlicher Langmut opfern, die wir unsere Kinder selbst erziehen (nur diese kommen in Frage) und sie ständig selbst betreuen.

Kun lese ich, daß die Mütter erhöht sind. Doch wer kämpft für uns und unsere Kinder?

Die Mütter sind so schwer zu erreichen in diesem großen Berlin. Der Unterhalt steigt ins Unerreichbare, das gerade Notwendige ist unerschwinglich, doch die Kinder blühen täglich um ihre Notzeiten.

Bald möchte ich annehmen, das Vormundschafsgericht bemüht sich herzlich wenig um Mütter dieser Mütter, welche ihr ganzes Sein für das Gedeihen der Kinder einsetzen.

So vergeht Jahr um Jahr, wir Mütter quälen uns nur für die Kinder (Beschäftigt euch recht! hört ich); die Mütter leben und genießen, ganz gleich, welchen Arbeiten sie nachgehen. Dauernd nicht erreichbar — oder zwecklos eventuell nicht pflanzbar usw. So können wir eben nichts weiter tun als abwarten, weiter sorgen und hoffen.

Kun dir, du neue Städte Bezirk Schönhauser Allee 10—11, dir wünschen wir einen neuen Geist zum Wohle deiner dir unterliegenden Mütter, die ihren Kindern noch eine Weihnachtsfreude ersehnen.

Helft alle zum Erfolg beitragen, ihr Herren Vormünder, daß auch unseren Kindern, denen so lange Unterstützung versagt blieb, Weihnachten wird. Eine ledige Mutter.

Ein geflohenes Grundstück.

Wie einer ein Haus verkauft, das ihm nicht gehört. Dem neuzeitlichen Verbräuchertum scheint kein Ding unmöglich zu sein. Das stärkste Stück auf dem Gebiete des Schwandels leisteten zwei Leute, die sich Hans Glah und Otto Klose nannten und gegen eine Anzahlung von 200 000 M. ein Haus verkauften, das ihnen gar nicht gehörte.

Ein Berliner Grundstücksmakler hatte ein Hausgrundstück im Tiergartenveriet zum Verkauf ausgeschrieben. Bei ihm meldete sich nun ein Mann, der sich Hans Glah nannte und erklärte, daß er im Auftrage der Firma Gohlfeld u. Co., G. m. b. H., veredelte Grundstücksmakler in Hamburg, Breite Straße 34, das Haus für einen Dr. Fränkel aus Hamburg kaufen wolle. Nach einigen Tagen kam er wieder zu dem Makler und erklärte, daß nach erfolgter Rückfrage so gut wie gekauft sei. Nun wandte er sich an eine Grundstückermittlungsgesellschaft, wo er sich als Obersekretär Hans Glah aus Beupen, Schwager des Hauseigentümers Klahre in Preßbitz, vorstellte, mit dem Auftrag, das Tiergartengrundstück seines Schwagers zu verkaufen. Eine Vollmacht, die ein Berliner Notar ausgestellt hatte, bestätigte das. Diese Vollmacht hatte sich der Schwandler, wie sich später ergab, auf Grund eines gefälschten Ausweises mit Lichtbild durch seinen Spiegelgesellen erschaffen. Der Spiegelgeselle hatte sich bei dem Notar als der Eigentümer Klahre eingeführt und mit der Fälligkeit ausgewiesen und dann die Vollmacht dem angehenden Glah übergeben. Mit Hilfe einer zweiten Fälligkeit gelang es nun dem „Glah“ bei einem anderen Notar das Kaufgeschäft mit der Grundstückermittlungsgesellschaft zum Abschluß zu bringen. Diese zahlte 200 000 M. an. Der wirkliche Eigentümer Klahre wußte von diesen ganzen Vorgängen nichts.

Zweidienstliche Mitteilungen zur Festnahme der Gauner nimmt die Dienststelle II, 1a der Berliner Kriminalpolizei entgegen. Der angehende Obersekretär Hans Glah ist ein kaum mittelgroßer, etwa 40 Jahre alter Mann mit großer Nase, dunkelblonden Spitzbart und etwas geborener Nase. Er spricht flüchtige Rundart und trug eine gelbene Brille. Der falsche Klahre, der sich als Gutsbesitzer und Dekorierter vorstellte, ist etwa ebenso alt und nur wenig größer als sein Spiegelgeselle, hat einen dunkelblonden, klotzen Schnurrbart, vielleicht auch Flügel und ein gekräumtes Gesicht.

Durch einen Tiger schwer verletzt.

Der Dompteur Fischer, der abendlich bei Hagened in der Totenkammer auftritt, wurde gestern abend von einem seiner Höflinge angefallen. Der Tiger „Brinz“, der gemeinlich für quirlig gilt, bekommt zum Schluß, wenn er seine Sache gut gemacht hat, ein Stückchen Fleisch. Das sollte ihm auch gestern verabreicht werden, doch muß „Brinz“, der vielleicht ungeduldig wartete, eine Bewegung des Wändigers falsch aufgefaßt haben und sprang den Dompteur an, als er ihm den Rücken zuehrte. Die Situation war außerordentlich gefährlich, denn der Tiger hatte sich fest in den Arm des Dompteurs gebissen. Fischer zwar verlor keinen Augenblick die Besonnenheit, schüttelte den Tiger ab und versuchte ihn durch einen Schreidruck. Das Publikum verhielt sich ruhig. Mit Hilfe der anderen Dompteure konnte der Verletzte die Tiger aus der Menage führen. Verste machen dem Bewunderten sofort Einspritzungen, kommt kein Sturzkompl eintritt. Der Dompteur hütet noch das Bett, eine direkte Lebensgefahr besteht nicht.

Sabotage der städtischen Mehreinnahmen.

Zu der durch die Erhöhung der städtischen Rohstoffe notwendig gewordenen abermaligen Erhöhung der Preise für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn schreibt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ wörtlich: „Angenommen ist, daß sich die ganze Bürgerschaft in der Benutzung aller dieser unzähligen gewordenen Einrichtungen solche Zurückhaltung auferlegen wird, daß wirklich in Betracht kommende Mehreinnahmen nicht erzielt werden können“. Die Preise des Schmelzblechs braucht diejenigen Bevölkerungsteile, welche am meisten unter der Erhöhung ohne Ende zu leiden haben, zur Einschränkung nicht erst anzubringen. Bei der übrigen Bürgerschaft aber, besonders im Berliner Westen, war bisher von Zurückhaltung, beispielsweise beim elektrischen Licht, nichts zu hören. Diese Kreise geben für ihr Luxusbedürfnis das Papiergeld schließweise aus und trüben es lautstark, wenn sie für öffentliche Zwecke ein paar Pfennige mehr ausgeben sollen. Dem Scherblatt paßt es freilich in keinen Arm, wenn Mehreinnahmen verhindert werden und ohne Bedingung der Ausgabe die städtische Finanzwirtschaft so schnell als möglich zusammenbricht.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein Ueberfall mit eigenartigen Begleitumständen hat sich in der vergangenen Nacht auf dem Kaiser-Friedrich-Platz zugetragen. Der Eisenbahnassistent Paul Krüger wurde dort, als er gegen 12 Uhr ein Koffein verlassen hatte, von Rowdies zu Boden geschlagen und mit Messer und Schloßring bearbeitet. Der Schwerverletzte schleppte die Urbanstraße entlang, wurde dabei von den ihm verfolgenden Tätern wiederholt niedergeschlagen und rettete sich schließlich in die Polizeiwache in der Wälderstraße. Dort erklärte man sich, wie der Ueberfallene uns mitteilt, für „nicht zuständig“ und wies ihn hinaus. Der Ueberfallene fand schließlich in der Nähe des Kollischen Tores ein paar hilfsbereite Schupsteine, die ihn nach einer Inzuffizienz brachten. Der Verfall, der auf die Sicherheit in den Straßen und besonders auf das Verhalten der „nicht zuständigen“ Polizeiwache in der Wälderstraße, die einen Schwerverletzten um Mitternacht von der Tür weiß, ein einseitiges Licht wirft, fordert gründliche Aufklärung. Jungen des Verfalls mochten sich bei dem Ueberfallenen, Rev-Tempelhof, Hohenzollernstraße 3, melden.

Für Wiedergabe der bestehenden Zusammenfassungen wurde eine Sammlung von Nebenabfällen bis zum Beginn dieses Jahres auf den Grundstücken vorgenommen. Die Abfälle wurden durch die Hausfrauen in die auf den Höfen befindlichen Sammelbehälter abgeführt, von den Publikaern abgeholt und zur Fälligkeit der Müllfälligkeit verwandt. In Anerkennung des berechtigten Wunsch der Bevölkerung, auch aus den Abfallstoffen Nutzen zu ziehen, sind inzwischen in den einzelnen Bezirken Tauschhändler zugelassen, die die Nebenabfälle gegen Herab von Brennholz direkt in Empfang nehmen. Es steht somit im eigenen Interesse der Hausfrauen, ihre Nebenabfälle an die beauftragten Händler, die auf Märkten, Plätzen usw. Sammelstellen eingerichtet haben, abzugeben.

Eröffnungserennen im Sport-Palast. Der Sport-Palast in der Potsdamer Straße wird morgen eröffnet werden. Während die Einweihungsfeier nur vor geladenem Publikum vor sich geht, werden am Sonntag abend 7 1/2 Uhr die Rabrennen für die Öffentlichkeit sein. Im Parkterre werden zwei große Seitentribünen mit je 750 Sitzplätzen sowie zwei Haupttribünen mit 2000 Sitzplätzen errichtet. Am 1. Rang sind 1000 Logenplätze, während der 2. Rang ungefähr 2000 Plätze aufweist. Auch hier besteht der größere Teil aus Sitzplätzen. Das Programm des ersten Rennabends enthält als Hauptnummer ein Schweden-Prämienfahren für 20 ausgewählte Fahrer. Des weiteren bringt der Abend des Eröffnungshauptfahrens über 10 Kunden.

Charlottenburger Verein für bäuerliche Hilfswesen. Am Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 26: Sonntag, 26. Nov., nachm. 5 u. 8 Uhr; Sonntag, 27. Nov., nachm. 3 u. 6 Uhr: „Die Tulliusfeier“ und „Die antike Plastik“. Samstag, 2. Dez., Sonntag, 3. Dez. (am diesbezügliche Zeit): „Der verlorenen Schotten“. Montag, 4. Dez., 8 Uhr: „Der Reinertrag wird zur Vorbereitung von Beschlüssen in den Schulen verhandelt.“

Bezirksbildungsanstalt Groß-Berlin. Sonntag, den 27. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Volkshalle, am Volkspark, wird ein Feste von „König von“ „König von Heilbrunn“ anlässlich. Die verkauften Karten behalten ihre Gültigkeit. — Sonntag, den 27. November, abends 8 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Weinmeisterstr. 15: „Einführung in die Kunst der „Siegfried“. Dr. H. Guttman, Vortrag — Erklärung am Klavier — Gesang. Karten 1 M. zu haben im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 4 Treppen, Zimmer 12 und bei den Mitgliedern der Kreisbildungsausschüsse. — Freitag, den 28. November, abends 7 Uhr, Fortsetzung der Kreisbildungsausschüsse, Volkserziehung und Sozialdemokratie. Dr. Alfred Guttman: „Reis und Wese unserer Arbeit in der Kunst“. — Montag, den 29. Dezember (2. Weihnachtstag), nachmittags 2 1/2 Uhr, in der alten Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, Kirchenlangert. Mitwirkende: Prof. Dr. Prof. Walter Fischer, Graf Klemming von der Staatsoper, Die Madrigalchorleitung. Karten 1 1/2 M. zu haben im Bureau des BSA, und bei den Mitgliedern der Kreisbildungsausschüsse.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 25. November:

1. Kreis, Friedrichshagen, 7 Uhr Kreismitgliederversammlung in den Gemeinderäumen, Remer Str. 6. Thema: „Die große Koalition.“ Referent: Friedrichshagen, S. 2.
2. Kreis, Charlottenburg, 7 Uhr Kreismitgliederversammlung in der Bismarckstr. 1. Beginn nicht 7 Uhr, sondern 8 Uhr.
3. Kreis, Mitte, 7 Uhr. Alle Genossen und Genossinnen treffen sich heute 7 Uhr in den Lokalen: Marret, Courantstraße 3, Johannis, Oranienstr. 22a und bei Riebig, Simon-Dachstraße 2b.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Frühzeitig neblig, sonst trocken und viel Wind. Wetter bei schwachen Winden bis südlichen Winden. Nacht und morgens mäßiger Frost, um Mittag ziemlich mild.

Gewerkschaftsbewegung

Aussperrung in der Berliner Textilindustrie?

Der Deutsche Legalarbeiterverband hat 12 Tarifverträge bei dem Norddeutschen Textilarbeitgeberverband gekündigt und eine einmalige Teuerungszulage von 600 M. und für Dezember eine Stundenlohnzulage von 5 M. gefordert. Es wurde anderthalb Tage herüber verhandelt und das vierte Angebot der Arbeitgeber war eine Ablehnung der geforderten Teuerungszulage, dafür das Angebot einer Reduktion der neuen Dezemberlöhne für eine resp. drei Novemberwochen. Die Lohnverhandlungen für Dezember stufen sich ab, für männliche von 1,10 resp. 1,20 M. bis auf 80 Pf., für weibliche von 1 M. bis auf 70 Pf., nach den verschiedenen Altersklassen.

Dieses Angebot konnte von der Arbeitervertretung als zu niedrig nicht angenommen werden, die Arbeitgeberorganisation drohte hierauf mit einer allgemeinen Aussperrung von 10 000 Textilarbeitern und der Syndikus derselben, Dr. Schager, brach hierauf eigenmächtig die Verhandlungen ab. Nun soll der Schlichtungsausschuss einschreiten.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie.

Ein Schiedsgericht beantragt.

Die Konferenzen aller Funktionäre derjenigen Betriebe, die dem BVMG angeschlossen sind, die am Sonntag vertagt wurde, nahm am Donnerstag unter überaus starker Beteiligung ihren Fortgang. Bevollmächtigter Ulrich berichtete über die Verhandlungen mit dem BVMG, die sich auf die am Sonntag gestellten Forderungen bezogen. In den Verhandlungen wurde vorweg die rechtliche Zulässigkeit außerordentlicher Zulagen innerhalb der Tarifzeit bestritten. Die Unternehmer erklärten ihren Willen, die Familienzulage zu erhöhen, in der Weise, daß sie umgestellt werde in eine Stundenzulage von 1 Mark pro Kopf. Nach weiteren Verhandlungen erklärten sie auf die Forderungen vom Sonntag, daß sie jede wirtschaftliche Ablehnung ablehnen und daß die Erhöhung der Tariflöhne um 5 M. pro Stunde für sie undiskutabel sei. Allerdings seien sie bereit, eine außerordentliche Lohnzulage zu gewähren, bei der Höhe der gestellten Forderung sei aber für sie keine Möglichkeit irgendeiner Verhandlung anzubieten. Die Arbeitervertreter warfen dann die Frage auf, welche Verhandlungsmöglichkeit es außer der von Verband zu Verband gebe, denn nach dem Statut seien sie verpflichtet, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, beim Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht mit drei unparteiischen Vorsitzenden zu beantragen.

In der lebhaften Diskussion sprachen einige Redner gegen Anrufung eines Schiedsgerichts und für Kompromiß. Unter anderem sprach Hellwig scharf gegen den BVMG. Im Gegensatz zu anderen Rednern aus seinem Unzufriedenen Kreise wollte er dann mit einem Schiedsgericht einverstanden sein, wenn es aus der proletarischen Klasse heraus gebildet werde. Andere Redner traten für die Anrufung eines Schiedsgerichts ein und Knack, der unter großer Aufmerksamkeit der Versammelten aller Richtungen in diesem Sinne sehr eindringlich sprach, verwickelte darauf, daß nach Erklärungen ein Schiedsgericht auch ohne Verflechtung arbeiten könne. Es müsse eben sofort zum Zusammenberufen werden. Zur allgemeinen Tariffrage wurde nur ganz vorkühnig verlangt, keinen Tarif abzuschließen. Im übrigen trat man für kurzfristige Tarifverträge ein.

Im Schlußwort machte Rista auf die Bestimmung des § 36 des Statuts aufmerksam, wonach ein Antrag auf Arbeitseinstellung abzulehnen werden muß, wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angetreten worden sind. Kommunale Petitionen auf Ablehnung eines Schiedsgerichts wurden mit übergrößer Mehrheit abgelehnt. Diese Mehrheit war also für die Verhandlung vor einem Schiedsgericht. Die Unternehmer können nun vor diesem stehen, wie weit ihre bereits erklärte Bereitwilligkeit geht, zu den tariflichen Standesfragen außerordentliche Zulagen zu machen. Die Versammlung wählte eine Kommission, die beim Schiedsgericht neben den oemündeten Unterhändlern die Forderungen vertreten soll, sowie drei Kollegen, die in das Schiedsgericht einreten sollen.

Druckerei: Verlagsgesellschaft, 7-Abschnitt, Westfälische und Berliner, Sonntag, nachmittags 2 Uhr öffentliche Versammlung im Rednerklub, Remerstr. 6, Referat: 18. Verhandlungen der neuen Tarifverträge. Beginn nicht 2 Uhr, sondern 3 Uhr.

BVMG, Reichsarbeitsminister, Sonntag, 2 Uhr bei Schöpp, Nieder-Schöneberg, Oranienstr. 3, Konferenz aller BSA-Vertreter. Mitgliedschaft der Partei feststellen.

Berlin, 25. Nov. 1920. Zeit: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Hilde, Berlin; Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin.

